

Vom Gschnurberge. (Eingefendet.) Nur eine kurze Replik auf die Erwiderung des Hrn. Verfassers der „Streiflichter“ in Nr. 9 dieser Zeitung sei mir noch gegönnt. Da wir keine eigene Münzstätte besitzen, so muß uns der Verkehr die erforderlichen Gold- und Silberstücke aus dem Auslande verschaffen. Nun, ich habe schon einmal bemerkt, wir Unterländerbauern sind auf den Märkten Vorarlbergs bei Weitem nicht so sehr als Käufer, wie als Verkäufer in's Auge zu fassen. Wir würden deshalb, daß man bei uns die Goldwährung einführt, daselbst keineswegs „ganz anders“, sondern lediglich wie-bisher, unter Beibehaltung der alten Preise gegen Papiergeld verkaufen können. Dies ist nicht aus dem Auge zu verlieren und wird auch der Hr. Verfasser der „Streiflichter“ anerkennen müssen. Die weiteren üblen Konsequenzen, die sich hieran für uns verschuldete Kleinbauern der unteren Landschaft im Falle der Einführung der Goldwährung ergeben würden, habe ich bereits in meiner ersten Einsendung berührt. Der Ausdruck: „mit (rectius gegen) vollwerthigem Golde ganz anders zu verkaufen, als mit entwerthetem“ ist für uns Unterländer nur dann verständlich, wenn auch in Vorarlberg resp. in Oesterreich die Goldwährung eingeführt würde. Wir werden aber auch nicht „ganz anders“ resp. billiger einkaufen. Denn den Goldgulden, mit dem wir in Buchs allenfalls als Käufer auftreten, erhielten wir nicht an Stelle des bisherigen Silberguldens von einer inländischen Kassa ausbezahlt, sondern wir mußten zuvor unsere Produkte im Oesterreichischen gegen Papiergeld verwerthen und hiesfür dann den Goldgulden nach dem Kurswerthe einwechseln. Ich ersuche nun den Hrn. Verfasser der „Streiflichter“ mir gefälligst vorrechnen zu wollen, ob und um wie viel ich billiger eingekauft habe, als wenn die Silberwährung bestände. Ja, die Herren mit fixen Bezügen aus öffentlichen Kassen, sowie Jene, welche nicht genöthigt sind, ihren Verdienst in Oesterreich zu suchen, werden nach Einführung der Goldwährung billiger einkaufen und zwar namentlich in Oesterreich, wo sie gegenüber den Oesterreichern beim Einkaufe gerade um die Kurzdifferenz besser situiert sind.

Verkaufen wir aber nach Oesterreich und kaufen dort auch ein, so kann ich wiederum nicht absehen, wie wir durch die Einführung der Goldwährung sollten billigere Einkäufe, als bisher, abschließen können.

Wenn übrigens der Hr. Verfasser der „Streiflichter“, wie mir scheint, der Meinung ist, daß durch die Goldwährung Alles um den Betrag der Silberentwerthung billiger wird werden, so dürfte er sich bedeutend täuschen. Ich bin vielmehr fest überzeugt, daß dann das, was bisher in Liechtenstein einen Silbergulden kostete, nur um einen Goldgulden zu haben sein wird. Es ist eine alte Erfahrung, daß jede Neuerung auf solchem und dem verwandten Gebiete des Maßes und Gewichtes mit einer Vertheuerung verbunden ist.

Ich ersuche auch den Hr. Verfasser der „Streiflichter“ mir gefälligst ziffermäßig unseren großen „Profit“ durch den Ankauf entwertheter Silbergulden mit Banknoten nachweisen zu wollen.

Müssen wir nicht gerade seit dem „Krach“ und besonders gegenwärtig bei der drohenden politischen Lage den Silbergulden mit einem Verlust von 13% einwechseln, während wir zur Zeit des sogenannten wirtschaftlichen Aufschwunges nur einen Aufwechsel von einigen % zahlten?

Der „Profit“, den uns der Hr. Verfasser der „Streiflichter“ zumuthet, besteht darin, daß wir künftighin am Papiergulden anstatt 13% um 7% mehr einbüßen sollen. Einen solchen „Profit“ vermag denn doch unser, zwar bäuerlicher Verstand nicht einzusehen.

Ebenso fadenscheinig kommt mir der „Profit“ vor, den wir im Falle der Beibehaltung der Silberwährung aus den alten Kapitalien ziehen sollen.

Profit ist meiner Ansicht nach etwas Positives, das über

jenen Punkt hinausgeht, unter den nicht heruntergegangen werden kann, will man anders nicht Schaden leiden.

Nicht wahr, Hr. Doktor, die alten Kapitalien wurden in Silber ausgeliehen und dieses Silber hat nun eine Entwerthung erlitten?

Entwerthung ist aber nichts Positives, sondern vielmehr das Gegentheil. Wir haben es daher schon mit keinem „Profit“ mehr zu thun, a contrario mit einem Schaden, und es kann sich nur mehr fragen, wer diesen Schaden tragen soll, ob der Gläubiger oder der Schuldner?

Trägt nun der eine den Schaden, so macht deshalb der andere noch keinen „Profit“, sondern er wird einfach vor Schaden bewahrt.

In diesem Punkte stoßen eben die sich diametral gegenüberstehenden Interessen des Gläubigers und Schuldners unversöhnlich auf einander.

Schellenberg, 6. März 1877.

Hr. Jos. Biedermann.

Ausland.

Die wichtigste Nachricht ist die telegraphische Meldung aus den Vereinigten Staaten Nordamerikas, daß am 2. März der Kandidat der republikanischen Partei Hayes mit 185 Stimmen (gegen 184, welche der Demokrat Tilden erhielt) zum Präsidenten gewählt wurde. Damit ist die Gefahr, daß sich der 4jährige Bürgerkrieg zwischen Republikanern und Demokraten zum zweiten Male da drüben abspiele, beseitigt. Die Frage, ob Hayes oder Tilden Präsident werden sollte, war für Amerika so wichtig, wie für Europa die Frage: ob England oder Rußland das Schicksal der Türkei bestimmen wird. Die Amerikaner scheinen jedenfalls „klügerer Politiker“ zu sein, denn sie haben es fertig gebracht, den Streit zu schlichten, während wir Europäer noch lange nicht so weit sind.

Eine Depesche aus Washington bringt folgende weitere Meldung:

Die Einsetzung Hayes' als Präsident der Vereinigten Staaten hat am 5. März stattgefunden. Hayes kündigte in seiner Botschaft die Grundsätze an von denen er sich in allen Hauptfragen leiten lassen werde. Er hebt darin hervor: er werde keine unwiderstehlichen Prinzipien und Verwaltungsmaximen aufstellen, sondern wolle hauptsächlich von den Motiven sprechen, welche das Land befehlen müssen; er wolle nur zur Erreichung gewisser wichtigen Ziele anregen, welche den amerikanischen Institutionen entsprechen und für das Wohl des Landes wesentlich seien. Jetzt, wo jeder Grund zu Mißdeutungen verschwunden, wolle er wiederholen was er bereits vor den Wahlen ausgesprochen habe, und er hoffe, daß seine Mitbürger dieses aufrichtig prüfen und auffassen, sowie sich überzeugt fühlen, daß die von ihm bei der Annahme seiner Kandidatur ausgesprochenen Gesinnungen die Richtschnur seines künftigen Verhaltens sein werden. Dauernde Beruhigung des Landes auf Grundlage solcher Prinzipien und Maßregeln, welche geeignet sind den vollen Schutz aller Bürger im freien Genuß der verfassungsmäßigen Rechte zu sichern, sei der eine Gegenstand der Aufgaben der neuen Regierung, welchen alle besonnenen und patriotischen Bürger als von höchster Wichtigkeit ansehen werden. Viele unheilvolle Folgen der Rebellion der Südstaaten seien noch unbeseitigt, die unermesslichen Segnungen, welche früher oder später der aufrichtigen allgemeinen Annahme der legitimen Resultate der Revolution sicher folgen werden, seien noch nicht verwirklicht, noch zahlreiche schwierige Verlegenheiten bereitende Fragen in diesem Betreffe noch zu lösen. Die Bevölkerung jener Staaten sei verarmt und genieße noch nicht die unschätzbaren Segnungen weiser, ehrlicher, friedlicher lokaler Selbstverwaltung. Es sei klar, daß im Verlaufe der Ereignisse die Zeit gekommen, wo eine solche Selbstverwaltung eine gebieterische Nothwendigkeit sei; die verschieden-